

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Frau Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 17. November 2022

Abänderungsantrag

**der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Dipl.-Päd. DI Carina Laschober-Luif,
Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag Zahl 22 - 1177, welcher
wie folgt abgeändert wird:**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend bestmögliche Unterstützung der heimischen Landwirtschaft

Die Schweinefleischproduktion ist in den vergangenen Jahren im Burgenland massiv gesunken. Im Jahr 2000 gab es noch rund 2000 schweinehaltende Betriebe im Burgenland, hingegen waren es im Jahr 2019 unter 400 schweinehaltende Betriebe. Während in Österreich der Selbstversorgungsgrad mit Schweinefleisch leicht über 100 Prozent liegt, ist der Wert in den vergangenen Jahren im Burgenland bereits auf unter 50 Prozent gesunken. Das zeigt deutlich, dass das Burgenland bereits jetzt auf Importe beim Schweinefleisch aus anderen Bundesländern bzw. aus dem Ausland angewiesen ist. Es ist zu erwarten, dass sich dieser Selbstversorgungsgrad im Burgenland noch weiter verringern wird.

Die oben geschilderte Situation würde sich durch ein unüberlegtes und abruptes Verbot von Vollspaltenböden weiter verschlimmern und der Selbstversorgungsgrad dadurch weiter sinken. Die Folge davon wäre, dass das Burgenland noch stärker von Importen aus dem Ausland abhängig wäre, wo die Tierschutzstandards oftmals weit unter dem österreichischen Niveau liegen.

Fakt ist, dass Schweinehalter im Burgenland nach dem derzeit geltendem Tierschutzgesetz agieren und eine Weiterentwicklung dieser gesetzlichen Rahmenbedingungen jederzeit begrüßt wird. Erst im heurigen Jahr hat der Nationalrat ein Verbot von Vollspaltenböden beschlossen. Für Neu- und Umbauten gilt dies bereits ab dem kommenden Jahr. Für bestehende Bauten gibt es eine adäquate Übergangsfrist, damit Schweinehalter nicht zusätzlich belastet werden und langsam und sicher ihre Betriebe umstellen können. Dies ist angesichts der gegenwärtigen massiven Teuerung besonders wichtig. Weitere Maßnahmen zum Tierschutz werden jedoch jederzeit begrüßt, müssen aber immer gemeinsam mit der Interessensvertretung erarbeitet werden.

Darüber hinaus sind in erster Linie das Land Burgenland und in zweiter Linie die landeseigenen und landesnahen Betriebe gefordert, die heimische Landwirtschaft,

insbesondere die burgenländischen Schweinehalter bestmöglich zu unterstützen und mit einer entsprechenden Strategie den Selbstversorgungsgrad mit heimischen Schweinefleisch wieder zu erhöhen.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss das Land Burgenland sowie alle landeseigenen und landesnahen Betriebe eine Vorreiterrolle einnehmen und auf heimisches Fleisch, insbesondere im Schweinebereich setzen. Diese Maßnahmen hätten den Vorteil, dass der Schweinemarkt im Burgenland wieder angekurbelt würde und so die Preise steigen würden. Damit könnten die Schweinehalter wieder von ihrer Arbeit leben und vermehrt in freiwillige Tierschutzprogramme investieren. Ein fairer Preis für Schweinefleisch würde außerdem verhindern, dass weitere Schweinezüchter ihren Betrieb aufgeben. Mit der Forcierung und Förderung der burgenländischen Schweinezucht könnten zudem neue Schweinezüchter gewonnen werden, die wiederum dazu beitragen würden den Selbstversorgungsgrad mit heimischem Schweinefleisch wieder zu steigern.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die heimische Landwirtschaft, insbesondere die burgenländischen Schweinehalter, im Sinne der Antragsbegründung bestmöglich zu unterstützen und bis Ende 2021 eine Strategie vorzulegen, wie der Selbstversorgungsgrad mit Schweinefleisch bis zum Jahr 2024 von derzeit unter 50 Prozent auf nahezu 100 Prozent gesteigert werden kann.

Darüber hinaus wird die Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um Maßnahmen zur Verbesserung des Tierwohls zu erarbeiten und die bereits laufenden Programme wie der Pakt für mehr Tierwohl fortzusetzen und zu intensivieren.